

Frühjahrssession 2024 Sessionsrückblick - 3. Woche



Fragestunde

Im Rahmen der zweiten Fragestunde wollte Marcel Dettling (SVP/SZ) vom Bundesrat folgendes in Erfahrung bringen:

Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen hat sich innerhalb 10 Jahren verdoppelt.

1. Wie hoch ist der aktuelle Bestand an vorläufig aufgenommenen im Asylbereich?
2. Aus welchen Ländern stammen diese? Bitte mit entsprechenden Zahlen angeben.
3. An wie vielen vorläufig Aufgenommenen wurde 2023 eine Ausnahme Bewilligung für Reisen ins Heimatland erteilt?
4. Wie viele vorläufig aufgenommene haben 2023 eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung erhalten? Aus welchen Ländern stammen diese?

Bundesrat Beat Jans antwortete wie folgt:

Am 31. Januar 2024 lebten 45'096 Personen als vorläufig Aufgenommene in der Schweiz. Die Mehrheit, rund 83 Prozent dieser Personen, stammt aus den folgenden Ländern: Afghanistan, knapp 33 Prozent; Eritrea, knapp 18 Prozent; Syrien, gut 14 Prozent; Somalia, rund 5 Prozent; Irak, 4 Prozent; und dann folgen China, Sri Lanka, Äthiopien und die Türkei mit je rund 2 Prozent. 250 vorläufig Aufgenommene erhielten 2023 eine Ausnahmegewilligung für Reisen ins Heimatland. Von den 44'779 Personen, welche per 31. Dezember 2022 in der Schweiz mit einer vorläufigen Aufnahme lebten, erhielten 5'811 Personen im Jahr 2023 eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung. Diese Personen stammen in der Mehrheit aus den folgenden Ländern: Afghanistan mit 1'899 Personen, Syrien mit 1047 Personen, Eritrea mit 796 Personen, Irak mit 325 Personen und Somalia mit 311 Personen.

Nationalrat doppelt bei Streit um Tempo 30 nach

Beim Streit um Tempo 30 als Mittel zur Lärmreduktion entlang von wichtigen Verkehrsachsen doppelt der Nationalrat nach. Nur ein paar Tage, nachdem sich der Ständerat für weniger Tempo-30-Abschnitte auf solchen Strassen ausgesprochen hatte, hat die grosse Kammer bei der Revision des Umweltschutzgesetzes einen entsprechenden Antrag des Schaffhauser SVP-Nationalrats Thomas Hurter gutgeheissen.

Dieser will im Umweltschutzgesetz einen Satz platzieren, der lautet: «Auf verkehrsorientierten Strassen kann die Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit nicht verlangt werden.» Hintergrund dieser Forderung ist, dass viele Städte auf wichtigen Teilen ihres Strassennetzes die Maximalgeschwindigkeit von 50 auf 30 senken, um den Lärm zu reduzieren. Am vergangenen Mittwoch hiess der Ständerat eine Motion von Nationalrat Peter Schilliger (FDP/LU) gut, welche vom Bundesrat eine Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes im Sinn von Hutter verlangt. Der Nationalrat hatte ihr schon im September zugestimmt.

Zusätzlich will der Nationalrat den Wohnungsbau in Gebieten mit überschrittenen Lärm-Immissionsgrenzwerten erleichtern. Er hat sich bei der Beratung von Änderungen des Umweltschutzgesetzes entschieden, weniger weit zu gehen als der Ständerat, aber weiter als Bundesrat, Links-Grün und GLP.



Der Rat stimmte am Montag einem Formulierungsvorschlag seiner vorberatenden Kommission zu, welchen Kommissionssprecher Nicolò Paganini (Mitte/SG) als "erweiterte Lüftungsfensterpraxis" bezeichnete. Damit erreiche man ein "Gleichgewicht zwischen innerer Verdichtung und Lärmschutz", sagte die Kommission im Vorfeld.

Konkret sollen in der Schweiz künftig Baubewilligungen für Wohnungen in Gebieten mit überschrittenem Lärm-Immissionsgrenzwert unter folgenden Bedingungen zulässig sein: bei jeder Wohneinheit verfügt mindestens ein lärmempfindlicher Raum über ein Fenster, bei dem die Grenzwerte eingehalten sind. Zudem muss bei den übrigen Räumen eine kontrollierte Wohnraumlüftung installiert werden oder ein privat nutzbarer Aussenraum zur Verfügung stehen, bei dem die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Alternativ sind Baubewilligungen möglich, wenn bei jeder Wohneinheit mindestens die Hälfte der lärmempfindlichen Räume über ein Fenster verfügt, bei dem die Immissionsgrenzwerte eingehalten sind, und der Schallschutz angemessen und wirtschaftlich verhältnismässig verschärft wird.

Weiter nahm der Nationalrat einen Antrag für die Schaffung eines neuen Spezial-Lärmgrenzwerts in Flughafennähe an. Er stammt von einer SVP/FDP-Minderheit der vorberatenden Kommission des Nationalrats und will trotz Fluglärmbelastung in flughafennahen Gebieten eine Siedlungsentwicklung nach innen ermöglichen. Der Hauseigentümerverband Schweiz begrüßte die Entscheide des Nationalrates in einer Mitteilung als "wichtigen Schritt in die richtige Richtung".

Nationalrat will kostendeckende Zivildienst-Abgabe

Der Nationalrat will wissen, wie das Bundesamt für Zivildienst künftig vollständig durch die Abgaben der Einsatzbetriebe Zivildienstleistender finanziert werden kann. Er hat beim Bundesrat einen Bericht zu der Frage bestellt. Geprüft werden soll in dem Bericht insbesondere eine Erhöhung der Abgabe, damit das Ziel eines Kostendeckungsgrads von 100 Prozent bis ins Jahr 2027 erreicht wird. Schon heute liegt der Kostendeckungsgrad bei mehr als 90 Prozent.

Nationalrat für Öffnung lokaler Geschäfte an Sonntagen

Lokale Geschäfte sollen an Sonntagen öffnen können. Sie sollen aber nur ein Lebensmittelladensortiment anbieten dürfen, und die Zahl der Mitarbeitenden muss beschränkt sein. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion des Walliser FDP-Nationalrats Philippe Nantermod mit 109 zu 79 Stimmen angenommen. Kleine lokale Läden sollen demnach nicht nur in Tourismusregionen, am Flughafen und in Bahnhöfen sowie an Tankstellen öffnen dürfen, sondern überall im Land. Die Motion zur Anpassung des Arbeitsrechts geht nun an den Ständerat.

Nationalrat will Bauern die Direktvermarktung erleichtern

Bauern sollen nicht wegen Investitionskosten, Arbeitsaufwand und bürokratischen Hürden auf die direkte Vermarktung ihrer Produkte verzichten müssen. Der Nationalrat unterstützt deshalb eine Motion der grünen Zürcher alt Nationalrätin Meret Schneider mit 150 zu 35 Stimmen. Diese schlägt als Möglichkeiten finanzielle Anreize, weniger Bürokratie und öffentliche Verpflegungseinrichtungen als neue Absatzkanäle vor. Die Motion geht nun an den Ständerat.



Gegen Ärztemangel: Nationalrat will Numerus clausus nachbessern

Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats gemeinsam mit den Kantonen für mehr Studien- und Praktikumsplätze für angehende Ärztinnen und Ärzte sorgen. Die grosse Kammer hat eine Motion von Benjamin Roduit (Mitte/VS) mit 144 zu 43 Stimmen angenommen. Roduit begründete seine Forderung mit dem Ärztemangel in der Schweiz. Heute kämen rund 40 Prozent der Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland, sagte der frühere Rektor eines Gymnasiums in Sitten. Er kritisierte auch die hohen Durchfallquoten bei Zulassungsprüfungen oder Prüfungen nach dem ersten Studienjahr. Diese seien angesichts der Qualität der gymnasialen Ausbildung und im Vergleich zu anderen Studiengängen zu hoch. Wirtschaftsminister Guy Parmelin argumentierte vergeblich, dass hier die Kantone zuständig seien.

Parlament will bis 2026 Klarheit über Landesausstellung

Der Bundesrat muss die Rahmenbedingungen für eine nächste Landesausstellung ab dem Durchführungsjahr 2030 früher als geplant festlegen. Spätestens im Sommer 2026 soll klar sein, welches der Projekte den Zuschlag erhält. Per Ende 2026 soll der Bund dann seine Finanzierungsabsichten darlegen. Ebenso muss der Bundesrat ein Selektionsverfahren definieren, falls die laufenden Verhandlungen unter den bisher vier Projektinitiativen zu keinem Resultat führen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion aus der Wirtschaftskommission der kleinen Kammer mit 112 gegen 54 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wollte sich nicht vor 2028 zu einer allfälligen finanziellen Unterstützung der Landesausstellung äussern, wie Wirtschaftsminister Guy Parmelin im Rat unter Hinweis auf die Finanzlage des Bundes nochmals betonte.

Parlament verdoppelt Dauer des Schweizer Jugendurlaubs

Wer sich in der Schweiz ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagiert, hat bald Anspruch auf zwei unbezahlte Wochen Jugendurlaub statt nur einer. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für eine entsprechende Gesetzesänderung ausgesprochen. Die kleine Kammer hat oppositionslos zwei gleich lautende Motionen aus dem Nationalrat angenommen, die nun zur Umsetzung an den Bundesrat gehen. Auch die Landesregierung hatte sich für Annahme des Vorstosses ausgesprochen.

CO₂-Gesetz muss in die Einigungskonferenz

Bei der Revision des CO₂-Gesetzes konnten sich National- und Ständerat auch im dritten Versuch nicht in allen Punkten einigen. Das Gesetz regelt die Verminderung des CO₂-Ausstosses in den Jahren 2025 bis 2030. Jetzt muss die Einigungskonferenz bestehend aus den vorberatenden Kommissionen, den Räten einen Kompromissvorschlag vorlegen. Lehnt einer der Räte diesen Kompromiss dann ab, ist das Gesetz vom Tisch. Umstritten ist nur noch ein einziger Punkt: die Subvention von Ladestationen für E-Autos. Es geht nicht um die Stationen selbst, sondern um Basisinstallationen in Wohngebäuden mit mehreren Parteien und Betrieben mit mehreren Arbeitsplätzen. Der Nationalrat will dafür jährlich bis zu 20 Millionen Franken aus dem Mineralölsteuerertrag ausgeben. Eine Förderkampagne sei angezeigt, sagte Bastien Girod (Grüne/ZH). Der Ständerat stellte sich gegen diese Förderung. Weitere Differenzen hat der Nationalrat heute ausgeräumt. Auf Antrag von FDP und SVP und gegen den Willen der Kommissionsmehrheit beschloss er etwa mit 101 zu 90 Stimmen, keine fixe Quote für die Reduktion des Treibhausgas-Ausstosses im Inland ins revidierte CO₂-Gesetz zu schreiben. Zuletzt hatte er eine Quote von 70 Prozent gewollt.



Aufhebung des Teuerungsausgleiches für Mitglieder des Bundesrates

In der Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen haben die National- und Ständeräte festgelegt, dass der Bundesrat automatisch den gleichen Teuerungsausgleich erhält wie das Bundespersonal. In Verhandlungen mit den Personalverbänden legt der Bundesrat schliesslich den Prozentsatz fest, der für die Angestellten gilt – und damit auch für sich selbst. Während Bundesräte inkl. Spesen eine halbe Million Schweizer Franken verdienen, gibt es viele Schweizerinnen und Schweizer, die infolge steigender Lebenskosten Mühe haben, ihre Rechnungen zu bezahlen. Während Menschen, die am Limit leben, jeden Franken umdrehen müssen, erhalten Bundesratsmitglieder einen Teuerungsgleich, was kein Mensch versteht. Ich habe deshalb eine Parlamentarische Initiative eingereicht, welche den Teuerungsausgleich aufheben will. Die Blick-Story dazu finden Sie mit einem Klick auf das nachfolgende Bild:

Jahreslohn von über 470'000 Franken

SVP-Mann Zuberbühler will Bundesrat Teuerungsausgleich streichen

Übergangsfinanzierung für elektronisches Patientendossier steht

Mit 30 Millionen Franken will das Parlament die Verbreitung des elektronischen Patientendossiers übergangsweise finanzieren. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen in der entsprechenden Vorlage bereinigt. Der schlanke Ansatz des Ständerats setzte sich durch. Mit 93 zu 92 Stimmen bei 7 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer dem Antrag der Einigungskonferenz zu. Im Gremium mit Mitgliedern der vorberatenden Kommissionen beider Räte hatte sich zuvor die Variante des Ständerats durchgesetzt. Dieser hatte in den vorangegangenen drei Beratungsrunden stets für eine schlanke Übergangsgesetzgebung plädiert. Er verwies darauf, dass die grossen Fragen im Rahmen der umfassenden Reform der Gesetzgebung zum E-Patientendossier diskutiert werden müssten. Diese Vorlage will der Bundesrat bis Ende Jahr vorlegen. Scheitern könnte die Vorlage am letzten Tag der Session: bei den Schlussabstimmungen.



Nationalrat will Bankkader nach CS-Krise in Pflicht nehmen

Ein Jahr nach Scheitern der Grossbank CS pocht der Nationalrat darauf, die obersten Kader von systemrelevanten Banken in die Pflicht zu nehmen. Scheitert eine solche Bank und muss der Bund mit öffentlichen Geldern einspringen, soll die Spitze der Bank finanziell dafür geradestehen. Der Nationalrat hiess eine Motion von Thomas Burgherr (SVP/AG) mit 120 zu 55 Stimmen und mit 18 Enthaltungen gut. Sie geht nun an den Ständerat. Konkret verlangt der Vorstoss einen Lohnverzicht in Fällen von schlechter Geschäftsführung durch das oberste Kader einer systemrelevanten Bank. Fährt die Spitze eine solche Bank «an die Wand», soll das oberste Kader 50 Prozent des Gesamteinkommens der vorangegangenen zehn Jahre an die Bank zurückzahlen müssen. Burgherr erinnerte an die Rettungsaktionen der Grossbanken UBS und der CS. Derartige Krisen müssten künftig verhindert werden, forderte er.

Nationalrat vertagt Comeback der Doppelnamen

Der Nationalrat weist die Vorlage zur Wiedereinführung von Doppelnamen zur Überarbeitung an die Kommission zurück. Die Kommission soll die Vorlage so überarbeiten, dass Doppelnamen nur für Ehegatten und nicht für Kinder eingeführt werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Reform des Namensrechts zur Überarbeitung an die zuständige Kommission zurückgeschickt. Mit 116 zu 70 Stimmen sagte er Ja zu einem Antrag von Thomas Aeschi (SVP/ZG). Demnach soll die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) den Entwurf überarbeiten, sodass Doppelnamen nur für die Ehegatten eingeführt werden, aber nicht für die Kinder. Die bürgerliche Mehrheit aus SVP, FDP und Mitte setzte sich durch. Sie wehrte sich gegen die von der RK-N vorgeschlagene grosse Reform des Namensrechts. Deren Meinung nach sollten neu auch Kinder Doppelnamen tragen können – und zwar unabhängig davon, ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht.

Nationalrat stimmt neuer E-ID-Vorlage deutlich zu

Die neue Vorlage des Bundesrats zur Schaffung eines elektronischen Identitätsnachweises (E-ID) nimmt eine weitere Hürde. Der Nationalrat stimmt der neuen Lösung sehr deutlich mit 175 zu 12 Stimmen zu. Die Fraktionen sprechen durchwegs von einer guten Vorlage. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Bund habe nach dem Volksnein von 2021 wegen Sicherheitsbedenken die richtigen Schlüsse gezogen, lautet der Tenor. Damals wollte der Bundesrat, dass Private die E-ID abgeben. Neu soll der Bund zuständig sein und die Infrastruktur anbieten. Die E-ID soll ab 2026 gratis und freiwillig bezogen werden können und die Grundlage für die digitale Transformation der Schweiz legen.

Nationalrat gegen systematische Personenkontrollen an der Grenze

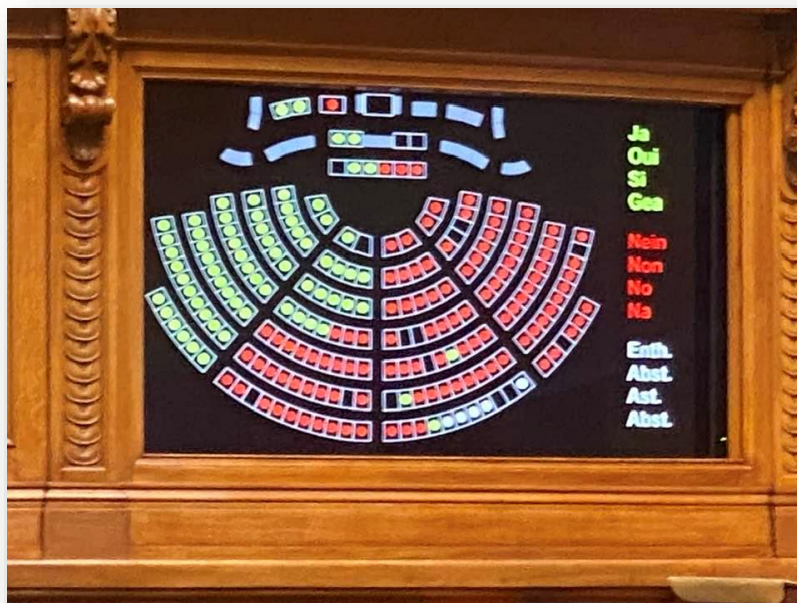
Keine systematischen Personenkontrollen an der Schweizer Landesgrenze, und auch keine grundsätzliche Asylverweigerung für Staatsangehörige von Ländern des Europarats: Der Nationalrat hat am Donnerstag zwei Forderungen der SVP-Fraktion eine deutliche Absage erteilt.

Die erste Motion von Thomas Aeschi (SVP/ZG) forderte systematische Personenkontrollen an der Schweizer Landesgrenze, um Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel oder andere Einreiseberechtigung zurückzuweisen. Mit einer zweiten Motion wolle Alfred Heer (SVP/ZH) den Bundesrat zu Massnahmen auffordern, damit Personen aus Europaratsstaaten kein Asyl mehr in der Schweiz erhalten können. Die grosse Kammer lehnte die beiden Vorstösse deutlich ab - mit 112 zu 69 Stimmen bei 5 Enthaltungen beziehungsweise mit 120 zu 65 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Motionen sind damit erledigt. "ICH VERSTEHE DIE WELT NICHT MEHR"



Die SVP-Fraktion hatte die ausserordentliche Session mit dem Titel "Schutz der Schweizer Landesgrenzen" erwirkt. "Die Lage ist dramatisch", gab Aeschi zu bedenken. Die Schweiz registrierte Jahr für Jahr zehntausende illegale Grenzübertritte. "Wir haben schlicht die Kontrolle verloren." Kosten und Kriminalität explodierten. Auch viele Personen aus sicheren Drittländern stellten ein Asylgesuch in der Schweiz, hielt Heer fest. Am zweitmeisten Asylgesuche stammten von Personen aus der Türkei, einem Europaratsstaat. "Ich verstehe die Welt nicht mehr."

Der Ständerat hatte am Mittwoch zwei gleichlautende Motionen zur Vorprüfung an die zuständige Kommission zurückgewiesen. Er wird später darüber entscheiden. Sagt die kleine Kammer Ja dazu, wird sich erneut der Nationalrat dazu äussern müssen.



Nationalrat ist für nationale Strategie gegen Armut

Der Nationalrat will den Kampf gegen Armut in der Schweiz verstärken. Die grosse Kammer nimmt eine Motion an, die ein nationales Präventionsprogramm verlängern und später durch eine nationale Strategie ersetzen will. Die Motion von Estelle Revaz (SP/GE) obsiegt in einer von der SP erwirkten ausserordentlichen Session mit 117 zu 59 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Nur die SVP-Fraktion lehnte den Vorstoss mehrheitlich ab. Im Ständerat war am Vormittag eine gleichlautende Motion traktandiert. Eine Debatte fand nicht statt. Die kleine Kammer wies den Vorstoss von Ständerat Simon Stocker (SP/SH) der zuständigen Kommission zur Vorberatung zu.

Revidiertes CO2-Gesetz bereit für die Schlussabstimmung

Das revidierte CO2-Gesetz für die Jahre 2025 bis 2030 ist bereinigt. Der Nationalrat hat am Donnerstag auf Antrag der Einigungskonferenz beschlossen, auf Fördergelder für Ladestationen für E-Autos zu verzichten.



Bis zuletzt war umstritten, ob der Bund den Einbau von Basisinfrastruktur für E-Auto-Ladestationen in Mehrparteien-Häusern und Betrieben mit mehreren Arbeitsstellen unterstützen kann. Der Bundesrat hätte dies sechs Jahre lang mit jährlich bis zu 30 Millionen Franken aus der Mineralölsteuer tun wollen. Der Nationalrat hätte dies unterstützt, hiess nun aber mit 162 zu 7 Stimmen bei 21 Enthaltungen aus der Grünen Fraktion den Antrag der Einigungskonferenz gut, auf das Fördergeld zu verzichten. Damit hat sich in dieser Frage und in vielen anderen Punkten des neuen Gesetzes der Ständerat durchgesetzt. Das revidierte CO₂-Gesetz für 2025 bis 2030 ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Es soll 2025 in Kraft treten.

Bund soll beim Nährwertlabel Nutri-Score eingreifen

Der Bundesrat muss im Lebensmittelgesetz den Einsatz des Nährwert-Vergleichslabels Nutri-Score näher definieren. Nach der kleinen Kammer überweist auch der Nationalrat eine Motion mit 102 zu 85 Stimmen an die Landesregierung. Laut den Befürworterinnen benachteiligt Nutri-Score bestimmte Lebensmittelproduzenten: So schneide etwa Coca Cola Zero besser ab als Apfelsaft von Schweizer Hochstamm-bäumen – wegen des Fruchtzuckers. Entscheidend für die Gesundheit sei aber ausgewogene Ernährung gemäss Schweizer Lebensmittelpyramide und nicht der isolierte Blick auf ein einzelnes Produkt. Vergeblich machte Gesundheitsministerin Elisabeth-Baum-Schneider geltend, der Bund könne beim zur französischen Gesundheitsagentur Santé Publique France gehörenden Vergleichs-Label keine Änderungen vornehmen. Immerhin verhindere die Motion ein Nutri-Score-Obligatorium, entgegneten die Befürworter.

Nationalrat will Menschen mit ADHS besser versorgen

Der Bundesrat soll die Versorgung von ADHS-Patientinnen und -patienten verbessern, allenfalls auch mit finanziellen Mitteln. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat von alt Nationalrätin Yvonne Feri (SP/AG) überwiesen. Bei 90:90 Stimmen passierte die Vorlage mit Stichentscheid des Präsidenten. Der Bundesrat muss nun Massnahmen prüfen, um die zeitnahe ambulante Versorgung der Diagnostik und Therapie von ADHS-Patientinnen zu gewährleisten. Ebenso, ob mit besseren finanziellen Rahmenbedingungen die momentan unzumutbaren Wartezeiten verkürzt und der Fachkräftemangel entschärft werden können. Bekämpft wurde der Vorstoss von der SVP- und der FDP-Fraktion. Thomas de Courten (SVP/BL) betonte, dass bereits verschiedene Berichte zum Thema ADHS existierten. Ein neuer Bericht bringe keinen Nutzen.

Das Parlament hat 14 Vorlagen unter Dach und Fach gebracht

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte die Frühjahrssession abgeschlossen. 14 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach. Darunter sind etwa das revidierte CO₂-Gesetz, die Übergangsfinanzierung für die Verbreitung des elektronischen Patientendossiers (EPD) oder Änderungen im Bahnausbauprogramm und die Lockerungen im Zweitwohnungsgesetz. Abgesehen von zwei Ausnahmen unterstehen alle Vorlagen dem fakultativen Referendum.

Bern, im März 2024
David Zuberbühler